

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem Schuljahr 2020/2021 gibt es an bayerischen Schulen den verpflichtenden Unterrichtsbestandteil „Alltags-kompetenz und Lebensökonomie“. Kein anderes Bundesland hat diesen Bereich derart im Lehrplan verankert. Das macht Bayern zum „Marktführer“ in Sachen Alltagskompetenz – und war Grund genug, diesen Erfolg im Rahmen unserer Aktuellen Stunde im Plenum des Landtags zu thematisieren. Doch auch **Schweinepreis-Krise**, die von der EU



geplante **Bargeldobergrenze** und die von den Rechten im Landtag geforderte **Abschaffung der Mietpreisbremse** haben uns diese Woche beschäftigt. Diese und viele weitere Themen haben wir in unserem Newsletter für Sie zusammengefasst.

Rückblick

Schweinepreis-Krise: Ohne staatliche Unterstützung stehen viele Schweinehalter vor dem Aus

Fallende Schweinepreise, sich ändernde Konsumentenbedürfnisse und höhere Auflagen beim Tier- und Umweltschutz:

Die Schweinebauern stehen seit einiger Zeit unter massivem Druck, viele Betriebe sogar kurz vor dem Aus. Die Situation auf den Höfen ist bereits so desolat, dass Landwirte derzeit bei jedem Verkauf Verlust machen. **Mittels**



Dringlichkeitsantrag haben wir uns deshalb am Donnerstag im Plenum dafür eingesetzt, die Schweinehalter mit einem umfassenden Maßnahmenpaket bestmöglich zu unterstützen.

Konkret soll der Freistaat schweinehaltende Betriebe schnellstmöglich über die Modalitäten zur Gewährung von Überbrückungshilfen bei coronabedingten Umsatzausfällen informieren. Zudem sollen baurechtliche Erleichterungen beim Umbau von Stallanlagen geprüft werden. Auch eine Lieferkette „Schwein“ für bayerische Qualitätsschweine soll auf den Weg gebracht werden, um den bayerischen Schweinehaltern eine nachhaltige Perspektive zu geben. Zudem soll eine langfristige Strategie für den Erhalt der Schweinehaltung in Bayern etabliert werden. Klar ist: Wir müssen jetzt handeln – sonst steht uns eine neue Welle des Höfesterbens ins Haus. Es steht viel auf dem Spiel: Die Landwirtschaft ist *der* Motor im ländlichen Raum. Wenn der nicht mehr richtig läuft, kommt eine Vielzahl weiterer Probleme auf uns zu. Ziel muss deshalb sein, den ländlichen Raum als wichtige Zukunftsregion weiter – und vor allem nachhaltig – zu stärken.

[HIER](#) lesen Sie mehr.

**Aktuelle Stunde der FREIE WÄHLER-Fraktion:
„Erfolgskonzept Alltagskompetenz - lernen für Leben,
Land und Leute“**

Alltagskompetenz ist „Leben pur“ an Bayerns Schulen. Denn nicht für die Schule, sondern für das Leben sollen unsere Kinder lernen. Deshalb hat unsere Fraktion ‚Alltagskompetenz und Lebensökonomie‘ als verpflichtenden Unterrichtsbestandteil an Bayerns Schulen durchgesetzt. Zu den Unterrichtsinhalten zählen Ernährung, Gesundheit, selbstbestimmtes Verbraucherverhalten, Umweltverhalten, Haushaltsführung sowie Digitales Handeln. **Trotz pandemiebedingt erschwerten Bedingungen in der Pilotphase hat sich gezeigt, dass das Modell die erhoffte Wirkung entfaltet.** Wir sind daher zuversichtlich, dass künftig immer mehr Schülerinnen und Schüler im Rahmen entsprechender Projektwochen und Praxismodule lernen, wie sie sich gesund ernähren, ein Bankkonto anlegen und führen oder sich beim Arbeitgeber richtig bewerben. **Gerade Projektwochen sind praxisorientiert, alltagstauglich und damit eine echte Abwechslung im Schulalltag.** Dank gilt in diesem Zusammenhang den Lehrkräften, unserem Kultusminister Piazzolo, aber gerade auch den Landfrauen des Bayerischen Bauernverbands: Sie haben uns in diesem wichtigen politischen Anliegen als Mitinitiatoren immer unterstützt, eine Unterschriftenaktion gestartet und dabei fast 100.000 Stimmen für das Projekt ‚Alltagskompetenz‘ gesammelt. Und sie sind heute eine tragende



Säule des nun startenden Erfolgskonzepts. Mehr dazu erfahren Sie [HIER](#) sowie im „Wochendurchblick“ mit dem Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl: [HIER](#).

FREIE WÄHLER-Fraktion lehnt Bargeldobergrenze entschieden ab

Die EU-Kommission plant die Einführung einer europaweiten Bargeldobergrenze von 10.000 Euro. Dies würde maßgeblich in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. **Mit einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Staatsregierung daher auf, diesem Vorhaben auf Bundesebene sowie**



Die Einführung einer Bargeldobergrenze

würde eine massive Beschneidung der persönlichen Selbstbestimmungsrechte bedeuten.

*Hans Friedl,
verbraucherpolitischer
Sprecher der
FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion*

europäischer Ebene entgegenzutreten. Eine entsprechende Limitierung würde die Verwendbarkeit von Banknoten und Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel erheblich einschränken. Noch fehlt allerdings der Nachweis, dass organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung dadurch tatsächlich eingeschränkt oder gar beseitigt werden. Es liegt in der eigenständigen Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten, wirksame Vorkehrungen gegen solche Gesetzesverstöße zu treffen. Eine einheitliche Barzahlungsgrenze ist nicht erforderlich. Mehr noch: Eine europarechtliche Obergrenze stellt eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips sowie des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes dar. **Die größte Problematik sehen wir jedoch in der enormen Beschneidung der persönlichen Selbstbestimmungsrechte:** Ein größerer Teil des Zahlungsverkehrs würde sich auf bargeldlose Transaktionen verlagern. Dadurch könnten Gewohnheiten und Vorlieben von Einzelnen leichter nachverfolgt werden. Dies könnte wiederum von Dienstleistern und Händlern zur Bildung von Verbraucherprofilen herangezogen werden. Alle Details lesen Sie [HIER](#).

Kurznews

FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Parkerleichterungen und ausgewiesene Parkplätze für Soziale Dienste

Eine gute und menschenwürdige Pflege zu gewährleisten, gehört zu den Daueraufgaben der Politik. An öffentlicher Wertschätzung für Pflegekräfte mangelt es nicht. Doch bloße Worte allein reichen eben auch nicht! **Daher fordern wir seit Langem eine konkrete Verbesserung der Rahmenbedingungen.** Viele

Beschäftigte arbeiten seit Beginn der Pandemie am Limit, die physische sowie psychische Belastung dieser Berufsgruppe ist außerordentlich hoch. Aus diesem Grund darf ihnen ihre tägliche Arbeit nicht zusätzlich erschwert werden. **Ein Schritt könnten dabei speziell für Soziale Dienste vorgesehene Parkerleichterungen oder ausgewiesene Parkplätze sein, um die stark beanspruchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ambulanter Pflegedienste zu entlasten.** Denn insbesondere in dicht besiedelten Gebieten dauert die Parkplatzsuche oftmals länger als die eigentliche Versorgung der Patientinnen und Patienten. Diese wertvolle Zeit könnte jedoch an anderer Stelle weitaus sinnvoller genutzt werden.



Unsere Social Media-Beiträge – danke fürs Teilen!

Folgen Sie uns:



Die Situation ist dramatisch: **Innerhalb eines Jahres hat sich der Schweinepreis nahezu halbiert.** Die Gründe: steigende Erwartungen an

Tier- und Klimaschutz, kein Export von Schweinefleisch in Drittländer wegen der Afrikanischen Schweinepest, geschlossene Restaurants und abgesagte Volksfeste während der Corona-Pandemie und die wachsende Nachfrage nach Fleischersatzprodukten. Deshalb gilt: **Wir müssen jetzt handeln – sonst steht uns eine neue Welle des Höfesterbens ins Haus!** Mehr [HIER](#).



Zum **1. Januar 2022 tritt unser Lobbyregistergesetz in Kraft.** Damit verpflichtet der Freistaat Interessenvertreter erstmals, sich in ein öffentlich einsehbares Register einzutragen. In unserem aktuellen „Nah dran“-Artikel erklären wir, wer von den neuen Regelungen betroffen ist und was wir uns von dem Gesetz erwarten. Mehr [HIER](#).



Eine **erfolgreiche Klimawende kann nur gelingen, wenn wir die regenerativen Energien zügig ausbauen – auch die Windkraft.** Um Kommunen bei Errichtung und Betrieb von Windkraftanlagen zu unterstützen, hat das

Wirtschaftsministerium unter Hubert Aiwanger Stellen für „Windkümmerer“ geschaffen. Seitdem arbeiten in allen bayerischen Landkreisen solche Windkraftexperten – mit zwei von ihnen haben sich unsere Abgeordneten im Rahmen unserer **Veranstaltungsreihe „Fraktion unterwegs“** getroffen. Themen dabei: die 10H-Regel, Regionalplanung und Artenschutz. Mehr [HIER](#).

Unser Fraktionssprecher für Wohnen und Bauen Hans Friedl Mdl zeigt sich von der Forderung der AfD-Fraktion zur Abschaffung der #Mietpreisbremse gar nicht begeistert. Denn sie bildet ein wirksames Instrument zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums und wird stetig aktualisiert. Einen #Mietendeckel hält er allerdings für wenig sinnvoll.

Die Mietpreisbremse abzuschaffen, ist absurd!

*Hans Friedl,
Sprecher für
Wohnen und Bauen
der FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion*



Denn eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln belegt gravierende nachteilige Effekte für Wohnungssuchende, Mieter und Vermieter. Den Beitrag finden Sie [HIER](#).

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende. Bitte bleiben Sie gesund.

#TEAMFRIEDL

**Impressum Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling
Pucherstr.7, 82256 Fürstenfeldbruck**